Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3401**
17. Wahlperiode 26. 10. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schummer, Nadine Müller (St. Wendel), Albert Rupprecht (Weiden), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Heiner Kamp, Patrick Meinhardt, Dr. Martin Neumann (Lausitz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/1435 –

Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Willi Brase, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1759 –

Berufliche Bildung als Garant zur Sicherung der Teilhabechancen junger Menschen und des Fachkräftebedarfs von morgen stärken

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Willi Brase, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1745 –

Verordnungsermächtigung in § 43 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes entfristen

4. zu dem Antrag der Abgeordneten Agnes Alpers, Dr. Petra Sitte, Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1734 –

Konsequenzen aus dem Berufsbildungsbericht ziehen – Ehrliche Ausbildungsstatistik vorlegen, gute Ausbildung für alle ermöglichen

5. zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Drucksache 17/541 –

Mehr Jugendlichen bessere Ausbildungschancen geben – DualPlus unverzüglich umsetzen

6. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 17/1550 –

Berufsbildungsbericht 2010

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als rohstoffarmes Land hängt maßgeblich von der Qualität der beruflichen Bildung und somit von der Sicherung des Fachkräftenachwuchses ab. Die Zahl der unversorgten Bewerber um Ausbildungsplätze hat sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gegenüber dem Vorjahr verringert. Verschärft durch die demografische Entwicklung spürt die Wirtschaft bereits heute einen Fachkräftemangel. Die Zahl der Schulabgänger geht stetig zurück.

Zu Nummer 2

Im Ausbildungsjahr 2009 haben bei weitem nicht alle Bewerberinnen und Bewerber eine Lehrstelle gefunden. Die Wirtschaftskrise hat diesen Trend verstärkt, so dass die Zahl der Neuabschlüsse auf die niedrigste Zahl seit der Wiedervereinigung gefallen ist. Das Ausbildungsangebot reicht bei weitem nicht aus. Besonders problematisch ist der Übergang von der Schule in die Ausbildung. Das sogenannte Übergangssystem ist überdimensioniert und intransparent mit unklaren Strukturen. Durch die „demografische“ Veränderung wird sich das Ausbildungsmarktproblem in der Zukunft nicht lösen. Die Attraktivität und die Leistungsfähigkeit der beruflichen Bildung müssen für die Zukunft gesichert werden.

Zu Nummer 3

Von der im Berufsbildungsgesetz (BBiG) festgelegten Erweiterung der Zulassungsmöglichkeit von Personen, die an einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet worden sind, zur Kammerprüfung wurde von den Ländern nicht ausreichend Gebrauch gemacht. Lediglich die drei Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben entsprechende Rechtsverordnungen, die bis zum 1. August 2011 befristet sind, gemäß § 43 Absatz 2 BBiG erlassen. Das Ziel einer Angleichung der unterschiedlichen schulischen Ausbildungsgänge der Länder an die bundeseinheitlichen Standards der Kammerberufe und ihrer bundesweit gültigen Ausbildungsordnungen konnte daher nur unzureichend erfüllt werden.

Zu Nummer 4

Die Berufsbildungsstatistik bildet die strukturellen Probleme der beruflichen Ausbildung nicht angemessen ab. Auch der Berufsbildungsbericht 2010 macht deutlich, dass strukturelle Mängel im beruflichen Ausbildungssystem und im schulischen System bestehen. Verschärft durch die Wirtschaftskrise ist die Zahl der Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr gravierend zurückgegangen. Zahlreiche Ausbildungsberufe werden von Privatschulen nur noch gegen erhebliche Gebühren angeboten. Jugendliche aus finanzschwachen Elternhäusern werden so aus ganzen Berufszweigen ausgeschlossen. Die allgemeinbildenden Schulen grenzen sozial schwächere Kinder und Jugendliche aus, statt diese gezielt zu fördern. Dies wird durch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bestätigt. Die dem Bildungsbericht 2010 zugrundeliegenden Daten sind unzureichend für eine um-fassende Erfassung der Ausbildungssituation. Entscheidende Kriterien bleiben unberücksichtigt und eine systematische Zusammenführung verschiedener Statistiken bleibt aus.

Zu Nummer 5

Auch im Jahr 2009 haben viele Ausbildungsplatzsuchende keinen Ausbildungsplatz gefunden. Bundesweit ist die Anzahl der Ausbildungsverträge zurückgegangen. Besonders viele Ausbildungsplätze fehlen im Osten. Grund hierfür ist u. a., dass die Betriebe in der Wirtschaftskrise weniger ausbilden und damit das Ausbildungssystem zu sehr von der Konjunktur abhängt. Die Bundesregierung hat es versäumt, das Ausbildungssystem an die veränderten Anforderungen anzupassen.

Zu Nummer 6

Die international geachtete berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland steht angesichts demografischer, wirtschaftlicher und technologischer Veränderungen vor neuen Herausforderungen. Angesichts der entscheidenden Rolle der dualen Berufsausbildung als Motor der ökonomischen Stärke Deutschlands kommt dem hohen Qualifizierungsgrad der jungen Menschen und der Sicherung der Ausbildungsplätze besondere Beachtung zu. Mit dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP zur 17. Legislaturperiode unterstreicht die Bundesregierung die Zielsetzung, Deutschland zur Bildungsrepublik zu machen.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung soll neben weitergehenden Forderungen veranlassen, die Übergänge von der Schule in die Ausbildung gemeinsam mit den Ländern und Sozialpartnern in der Breite zu forcieren. Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen müssen bis zum Ausbildungsübergang und -abschluss umfassend verbessert werden. Das Interesse an MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) muss ab dem Kindesalter gefördert und die Förderung mit der Privatwirtschaft muss organisiert werden. Der geschlechterspezifischen Aufteilung bestimmter Berufe muss entgegengewirkt werden.

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1435 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung soll u. a. aufgefordert werden, die Modernisierung und Konsolidierung der Berufe in Angriff zu nehmen und den ganzheitlichen Ansatz der dualen Berufsausbildung sowie das Berufsprinzip zu wahren, die Zuständig-

keiten in einem Bundesministerium zu bündeln bzw. zumindest ein Bildungskabinett einzurichten sowie eine umfassende statistische Erfassung und Bilanzierung der Ausbildungsplatzsituation durch eine noch einzuführende integrierte Ausbildungsstatistik vorzunehmen. Des Weiteren muss ein Rechtsanspruch auf eine Berufsausbildung durch staatliche Förderung für alle bestehen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1759 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 3

Die Bundesregierung soll insbesondere aufgefordert werden, die Verordnungsermächtigung der Länder in § 43 Absatz 2 BBiG zu entfristen. Der Deutsche Bundestag soll an die Länder appellieren, entsprechende Rechtsverordnungen gemäß § 43 Absatz 2 BBiG zu erlassen, um möglichst allen jungen Menschen einen erfolgreichen und anerkannten Ausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1745 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 4

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine integrierte Ausbildungsberichterstattung aus Länder- und Bundberichten zu erstellen, die die Situation der Ausbildungsplätze, den Übergang von der Schule bis in die Ausbildung und den Ausbildungsverlauf umfassend abbildet. Das Berufsausbildungssystem muss grundsätzlich reformiert werden. Ein Gesetzentwurf zur umlagefinanzierten Ausbildung ist erforderlich, damit Ausbildungsplätze im dualen System angeboten werden können. Gemeinsam mit den Ländern muss dafür Sorge getragen werden, dass die allgemeinbildenden Schulen benachteiligte Schüler besser fördern, indem individuelle Lerninhalte angeboten werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1734 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Zu Nummer 5

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, vor allem das System DualPlus auszubauen. Hierdurch kann eine höhere Unabhängigkeit des Ausbildungssystems von der konjunkturellen Lage erreicht werden. Die neuen überbetrieblichen Ausbildungsstätten (ÜBS) müssen als Träger der Ausbildung aufgebaut und bereits bestehende ÜBS neu ausgerichtet werden. Dabei sollen die Kammern bei Betrieben betriebliche Module einwerben und den ÜBS zur Verfügung stellen. Die Berufsschulen müssen flächendeckend besser ausgestattet und bestehende Maßnahmen des Übergangssystems in DualPlus eingegliedert werden.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/541 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Zu Nummer 6

Die Stärkung und Erhaltung der dualen Berufsausbildung muss im Mittelpunkt der Anstrengungen sein. Prioritär auf der Reformagenda stehen in den nächsten Jahren neben der Fachkräftesicherung und der weiteren Attraktivitätserhöhung, Modernisierung und Durchlässigkeit der beruflichen Bildung, die Stärkung der beruflichen Weiterbildung und die Systematisierung der Übergänge in die Berufsbildung. Dabei sollen im Wesentlichen die bundesweite Verankerung der frühzeitigen Berufsorientierung, die Verzahnung und Erleichterung der Übergänge zwischen Schule, Übergangssystem und eine ergänzende Bildungs- und Ausbildungsoffensive für Jugendliche mit Migrationshintergrund helfen. Durch die Fortführung und Weiterentwicklung des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs soll die Ausbildungsplatzsituation verbessert werden.

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 17/1550.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1435;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1759;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1745;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1734;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/541.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 17/1435 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 17/1759 abzulehnen;
3. den Antrag auf Drucksache 17/1745 abzulehnen;
4. den Antrag auf Drucksache 17/1734 abzulehnen;
5. den Antrag auf Drucksache 17/541 abzulehnen.

Berlin, den 29. September 2010

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Heiner Kamp
Berichterstatter

Agnes Alpers
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Heiner Kamp, Agnes Alpers und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1435** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1759** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1745** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 4

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1734** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 5

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/541** in seiner 19. Sitzung am 28. Januar 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 6

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung auf **Drucksache 17/1550** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP erklären, dass ein qualitativer Aufbruch im Bildungssystem nötig sei, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Das Programm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)“ habe sich bewährt. Ein sechs- bis zwölfmonatiges Praktikum mit dem Ziel, eine duale Ausbildung zu absolvieren, sei sinnvoll. Bisherige Erfahrungen hätten gezeigt, dass das EQJ mehr Ausbildungsplätze geschaffen habe.

Die Bundesregierung wird u. a. dazu aufgefordert,

- die Verzahnung der Übergänge von Schule, Übergangssystem und Ausbildung gemeinsam mit den Ländern und Sozialpartnern flächendeckend zu verstärken und den Ausbildungserfolg auch leistungsschwächerer junger Menschen mit individuell ausgerichteten, anschlussfähigen Unterstützungs- und Begleitmaßnahmen bis zum Ausbildungsübergang und -abschluss umfassend zu verbessern;
- die Einrichtung eines Bildungskontos für jedes Kind zu fördern;
- sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, dass insbesondere an den Schulen die Berufsorientierung noch stärker betont wird, z. B. durch Betriebserkundungen, Praktika und Bewerbertraining sowie Ausrichtung der Lehrinhalte und Themen, die die Bedeutung der Wirtschaft und Technik in den Mittelpunkt rücken. Initiativen zur Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) sollen mit der Wirtschaft organisiert werden;
- sich dafür einzusetzen, dass Mädchen und junge Frauen auf von Männern dominierte Wirtschafts- und Ausbildungszweige hingewiesen werden und umgekehrt, die berufliche Wahl junger Männer besonders für durch Frauen geprägte Berufe gefördert wird;
- sich gegenüber den Ländern für eine hochwertige Berufsschullehreraus- und -weiterbildung einzusetzen;
- den Ausbildungspakt mit einem zusätzlichen Schwerpunkt auf die Unterstützung von jungen Menschen mit besonderem Förderbedarf zu verlängern, aber auch die Gewinnung von leistungsstarken jungen Menschen für die duale Ausbildung zu befördern.

Zu Nummer 2

Die Fraktion der SPD erklärt, dass nicht einmal jede(r) zweite bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldete Bewerber/Bewerberin einen Ausbildungsplatz erhalten habe. Ein großer Teil sei nicht einmal statistisch als Bewerber aufgetaucht, weil diese in berufsvorbereitende Maßnahmen der BA aufgenommen worden seien. Eine integrierte Ausbildungsbilanz sei erforderlich, damit dass intransparente Übergangssystem und die eklatante Angebotslücke angemessen dargestellt werden könnten. Besonders problematisch sei der Übergang zwischen Schule und Ausbildung. Bewährt hätten sich die Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) und der Ausbildungsbonus. Die verschiedenen Institute, wie die Kinder- und Jugendhilfe und die Bundesagentur für Arbeit, müssten besser zusammenwirken, um dem Problem zu begegnen.

Die Bundesregierung wird u. a. dazu aufgefordert,

- die Modernisierung und Konsolidierung der Berufe in Angriff zu nehmen und dabei den ganzheitlichen Ansatz der dualen Berufsausbildung sowie das Berufsprinzip zu wahren. Eine Modularisierung etwa in Ausbildungsbausteine ist auszuschließen;
- zur besseren Koordinierung der politischen Gestaltung in der beruflichen Bildung auf Bundesebene die Zuständigkeiten in einem Bundesministerium zu bündeln, zumindest aber ein Bildungskabinett einzurichten;
- eine umfassende statistische Erfassung und Bilanzierung der Ausbildungssuchenden vorzunehmen, in die auch Jugendliche mit Ausbildungswunsch, die bereits in einer Maßnahme sind, und Altbewerber aller Vorjahre mit aufgenommen werden und eine integrierte Ausbildungsstatistik einzuführen;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, der einen Rechtsanspruch auf eine Berufsausbildung durch staatliche Förderung für alle beinhaltet, welcher spätestens drei Jahre nach dem Schulabschluss einsetzt, sofern kein Ausbildungsplatz gefunden wurde (Berufsausbildungsgarantie);
- diesen Rechtsanspruch auf eine Berufsausbildung so zu gestalten, dass es ausbildungssuchenden Eltern möglich ist, den Rechtsanspruch auch in Form von Teilzeitausbildung wahrnehmen zu können. Dazu gehört auch, dass Eltern, die sich bereits in Ausbildung befinden, einen Anspruch darauf erhalten, die Ausbildung in Teilzeit fortzusetzen;
- die Angebote für berufsbegleitende Ausbildung zu fördern und auszubauen, um Qualifizierung und Erwerbstätigkeit flexibler miteinander vereinbaren zu können und auch lernschwachen oder benachteiligten Jugendlichen mehr Zeit für den Abschluss ihrer Berufsausbildung zu geben.

Zu Nummer 3

Die Fraktion der SPD führt aus, dass auch nach § 43 Absatz 2 BBiG zur Prüfung zuzulassen ist, wer in einer berufsbildenden Schule oder sonstigen Berufsbildungseinrichtung ausgebildet wurde. Diese Erweiterung der Zulassung zur Kammerprüfung sei durch das Berufsbildungsreformgesetz (BerBiRefG) im Jahre 2005 im Berufsbildungsgesetz (BBiG) festgeschrieben worden. Von der daraus resultierenden Rechtsverordnungsermächtigung an die Länder, welche bis zum 1. August 2011 befristet sei, hätten lediglich drei Länder Gebrauch gemacht. Die sachgerechte Lösung sei deshalb die Entfristung der Verordnungsermächtigung der Länder. Damit könne der Uneinheitlichkeit der Regelungslandschaft entgegengetreten werden. Durch § 43 Absatz 2 BBiG sei eine länderübergreifende, einheitliche und vergleichbare Lösung für eine bundesweite Anerkennung vollzeitschulischer Ausbildungen gegeben.

Die Bundesregierung solle daher dazu aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der beinhalte, dass die Verordnungsermächtigung der Länder in § 43 Absatz 2 BBiG entfristet werde.

An die Länder solle appelliert werden, entsprechende Rechtsverordnungen gemäß § 43 Absatz 2 BBiG zu erlassen, um möglichst allen jungen Menschen einen erfolgreichen und anerkannten Ausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Zu Nummer 4

Die Fraktion DIE LINKE. weist darauf hin, dass der Berufsbildungsbericht 2010 die strukturellen Mängel im beruflichen Ausbildungssystem und im schulischen System verdeutliche. Zudem mangele es an einer umfassenden statistischen Erfassung der fehlenden Ausbildungsplätze. Die aus der Statistik der Arbeitsagentur für Arbeit wiedergegebenen Zahlen verzerrten das tatsächliche Bild über die Ausbildungsplatzsuchenden. Allen Menschen müsse der Zugang zu einer guten beruflichen Bildung und die Möglichkeit der Auswahl entsprechend der individuellen Neigungen gewährleistet werden.

Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge sei stark zurückgegangen. Während in der Statistik der Agentur für Arbeit angegeben werde, dass 98 Prozent der Ausbildungsplatzsuchenden vermittelt worden seien, sind lediglich 47 Prozent in Ausbildungsplätze übergegangen. Die anderen Arbeitsplatzsuchenden sind nicht aus den Überbrückungsmaßnahmen oder aus den zeitlich befristeten Jobs in Ausbildungsplätze vermittelt worden. Die von der Arbeitsagentur und den kommunalen Trägern in den Optionskommunen ausgegebene Statistik vermittelt einen unvollständigen Einblick in die Übergänge von der Schule in die Ausbildung, da sich ein großer Teil direkt im sogenannten Übergangssystem bewirbt und nicht die öffentlichen Stellen, wie die Bundesagentur für Arbeit, kontaktiert. 40 Prozent gehen in entsprechende Ersatzmaßnahmen, ohne eine Aussicht auf einen anerkannten Berufsabschluss zu haben.

1,5 Millionen der Menschen zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland haben keine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Ihnen werden die beruflichen Wünsche und Perspektiven meist dauerhaft versperrt.

Die Bundesregierung wird im Wesentlichen dazu aufgefordert,

- eine integrierte Ausbildungsberichterstattung auf den Weg zu bringen, mit der der Übergang von der Schule in eine Ausbildung sowie in Ausbildungsverläufe umfassend und ungeschönt abgebildet werden. Die verschiedenen Statistiken müssen hierfür zusammengeführt werden;

- einen Gesetzentwurf für eine Umlagefinanzierung der Ausbildung vorzulegen, damit künftig allen Bewerberinnen und Bewerbern direkt nach dem Abschluss der allgemeinen Schulbildung und unabhängig von der konjunkturellen Situation ein Ausbildungsplatz im dualen System angeboten werden kann;
- gemeinsam mit den Ländern eine Reform der Schulbildung einzuleiten. Die Schulen müssen leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern individualisierte Angebote im Lernprozess bieten. Allen Jugendlichen ist ein freier und gleicher Zugang zum Bildungssystem zu gewähren.

Zu Nummer 5

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass die Ausbildungsplatzsituation mangelhaft sei. Die Anzahl der Ausbildungsverträge sei bis zum 30. September 2009 um 8,1 Prozent gesunken. Besonders die Situation im Osten, wo die Anzahl der Ausbildungsverträge um 13 Prozent gesunken sei, sei zu bemängeln. Mit dem Antrag werde das Ziel verfolgt, mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, ein neues Ausbildungssystem einzuführen und die Ausbildungsstruktur in Deutschland grundlegend zu verändern.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, die duale Berufsausbildung zu befördern. Das System DualPlus müsse als konjunkturunabhängiges Ausbildungssystem die Reform des Ausbildungssystems insgesamt einleiten.

Der Entwurf sieht darüberhinaus u. a. folgende Einzelmaßnahmen und Aufforderungen an die Bundesregierung vor:

- Neue überbetriebliche Ausbildungsstätten (ÜBS) als Träger der Ausbildung aufzubauen und die bereits bestehenden ÜBS neu auszurichten;
- die Berufsschulen flächendeckend besser auszustatten und die gesamte Berufsausbildung neu zu strukturieren und in bundesweit anerkannten Modulen zu organisieren;
- bereits bestehende Maßnahmen des Übergangssystems sollten in DualPlus eingegliedert werden;
- dass die Reform des Berufsbildungsgesetzes zur Anerkennung vollschulischer Ausbildungen durch Kammerabschluss entfristet wird;
- dass für Schulabbrecher Produktionsschulen eingerichtet werden, an denen sie einen Schulabschluss nachholen können und der Einstieg in eine Berufsausbildung ermöglicht wird;
- dass durch die Stärkung der ÜBS die individuelle Förderung von Auszubildenden erleichtert wird;
- dass die Finanzierung für die Ausbildung nach dem System DualPlus sichergestellt ist.

Zu Nummer 6

Die Bundesregierung setzt ihren Schwerpunkt neben der Fachkräftesicherung und der weiteren Attraktivitätserhöhung, Modernisierung und Durchlässigkeit der beruflichen Bildung auf die Stärkung der beruflichen Weiterbildung und die Systematisierung der Übergänge in Berufsbildung. In Anbetracht der weiteren Entwicklungen am Ausbildungsmarkt, insbesondere der sinkenden Nachfrage auf Seiten der Jugendlichen, muss auch der Übergang zwischen Schule und Ausbildung optimiert und das sogenannte Übergangssystem auf den Prüfstand gestellt werden. Das Ausbildungsjahr 2010 steht angesichts der Wirtschaftskrise noch einmal vor einer besonderen Herausforderung. In den Folgejahren wird der Ausbildungsmarkt – wie jetzt schon insbesondere in den neuen Ländern – von einem erheblichen, überwiegend demografisch bedingten Rückgang der Bewerberzahlen geprägt sein. Für die Bundesregierung ist ein insgesamt hoher Qualifizierungsgrad der jungen Menschen ein zentrales Anliegen. Nach wie vor erreicht eine große Zahl junger Menschen weder den Schulabschluss noch eine voll qualifizierende Ausbildung. Die deutsche Wirtschaft wird aber schon bald jeden jungen Menschen brauchen.

Die Bundesregierung erklärt, sie wolle u. a.

- eine Verzahnung und Erleichterung der Übergänge zwischen Schule, Übergangssystem und Ausbildung erreichen;
- verbesserte Strukturen der Förderangebote im Sinne von anschlussfähigen Bildungsketten;
- eine praxisorientierte frühzeitige Berufsorientierung bundesweit ausbauen und eine ganzheitliche Förderung und individuelle Begleitung bildungsgefährdeter Jugendlicher ab der 7. Klasse im Rahmen von Bildungsketten sichern;
- durch den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs Ausbildungsplätze sichern;
- durch eine ergänzende Bildungs- und Ausbildungsoffensive Jugendliche mit Migrationshintergrund unterstützen;
- dass die Ausbildung stärker lernergebnisorientiert erfolgen soll, damit die Qualitätssicherung des beruflichen Ausbildungsprozesses, die Qualifizierung von Ausbildern/Ausbilderinnen und Prüfern/Prüferinnen und die Stärkung der Berufsbildungsforschung gesichert werde.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Finanzausschuss**, der **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**, der **Ausschuss für Tourismus** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1435 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1759 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Zu Nummer 3

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** sowie der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1745 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Zu Nummer 4

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** sowie der **Ausschuss für Tourismus** haben jeweils die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1734 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen.

Der mitberatende **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1734 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen.

Der mitberatende **Ausschuss für Gesundheit** hat die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1734 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei einer Stimmenthaltung aus der Fraktion der SPD empfohlen.

Zu Nummer 5

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales** und der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben jeweils die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/541 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen.

Zu Nummer 6

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**, der **Ausschuss für Arbeit und Soziales**, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,** der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** sowie der **Ausschuss für Tourismus** haben jeweils einvernehmlich die Unterrichtung durch die Bundesregierung zum Berufsbildungsbericht 2010 auf Drucksache 17/1550 zur Kenntnis genommen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die folgenden Vorlagen in seiner 18. Sitzung am 7. Juli 2010 anberaten und die Beratung in seiner 20. Sitzung am 29. September 2010 fortgesetzt. Er empfiehlt unter Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 17/1550:

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1435 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1759 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1745 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1734 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/541 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bewertet die Arbeit der Bundesregierung positiv und sieht das Ergebnis des Berufsbildungsberichts 2010 in diesem Sinne.

Hierzu führt sie aus, dass die Ausbildungsbereitschaft auch in Krisenzeiten groß gewesen sei. Dieser Trend habe sich in den vergangenen Monaten fortgesetzt, da bis Juni 2010 404 200 Ausbildungsstellen und somit 11 000 Ausbildungsstellen mehr als im Vorjahr gemeldet worden seien. Auch eine Bildungsstudie der OECD habe dem dualen Ausbildungssystem Deutschlands eine gute Bewertung attestiert. Lobend wird die Einführung frühzeitiger Berufsorientierung durch die große Koalition der CDU/CSU und SPD bewertet. Zehntausende Schüler hätten bereits daran teilgenommen. Die Koalition der CDU/CSU und FDP werde es verbessern, indem der Übergang von der Schule in die berufliche Qualifizierung nicht drei Monate, sondern drei Jahre vor der Entlassung organisiert werden soll. Erfolgreich seien die Brückeninstrumente, wie die Einstiegsqualifizierung und der Ausbildungsbonus, um Menschen auf dem Weg in die Qualifizierung zu helfen. Durch die Einstiegsqualifizierung hätten mehr als 10 000 Unternehmen erstmals Ausbildungsplätze angeboten und sich als Ausbildungsbetriebe am Markt positioniert. Mit den Ausbildungsketten sei eine frühzeitige Berufsorientierung gewünscht, so dass ein systematischer Übergang von allgemeiner Bildung in die Berufsqualifizierung möglich sei.

Derzeit werde darüber beraten, wie im Sozialgesetzbuch das Instrument der ausbildungsbegleitenden Hilfen, die von 71 000 Auszubildenden genutzt würden, zielgerichtet bereitgestellt werden könne. Die ausbildungsbegleitenden Hilfen durch Gutscheine sollen ausgebaut und das Gutscheinsystem auf die Bewerbungssituation ausgeweitet werden, um Defiziten zu begegnen. Jugendliche mit Exzellenz, aber auch mit Förderbedarf müssten bessere Bedingungen vorfinden.

Zudem sei die Bildungsprämie als ein Konzept der Weiterbildung durch eine Erhöhung im Januar 2010 auf 500 Euro verbessert worden. Eine starke Bildungsrendite bestünde bei den Weiterbildungsberufen für die Arbeitnehmer in An-

betracht einer Arbeitslosenquote von Meistern und Technikern bei 2,9 Prozent und einem hohen Innovationseffekt.

Der Ausbildungspakt müsse verlängert werden. Die Kooperation zwischen dem Bund, den Ländern und den Sozialpartnern habe eine hohe Integrationskraft gewährleistet und eine niedrige Arbeitslosenquote unter jungen Menschen sei erreicht worden. Im Rahmen der Gespräche zum Ausbildungspakt sollten die Bundesländer und die Gewerkschaften gebeten werden, sich an dem angestrebten Runden Tisch zu beteiligen.

Problematisch werde gesehen, dass sich eine verstärkende demografische Lücke entwickeln könne, die sich negativ auf die Auftragslage auswirke. Durch den europäischen Berufsbildungsraum und die Demografie sei die Verbesserung der Mobilität von Bedeutung und es müsse darüber nachgedacht werden, das Instrument und die Struktur der Jugendwohnheime wieder zu beleben. Ebenfalls würde die Bundesregierung sich mit dem Thema der 1,4 Millionen Schulabgänger bis 29 Jahre beschäftigen, die, teilweise in Beschäftigung oder arbeitslos, ohne Qualifizierung seien.

Eingehend auf den Antrag der Fraktion der SPD zum § 43 Absatz 3 BBiG wird erklärt, dass es sinnvoll sei, die Ermächtigungsgrundlage zum Erlass von Rechtverordnung durch die Länder aus § 43 Absatz 3 BBiG auslaufen zu lassen, da die Demografie und die wirtschaftliche Entwicklung hierfür sprechen würden.

Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird vorgeworfen, mit ihrem Antrag ein anderes modulares und stärker verschultes Ausbildungssystem zu wollen, dessen Finanzierung ungeklärt sei. Die Regierungskoalition grenze sich hiervon ab, indem sie für die betriebliche Praxis mit begleitender Theorie sei.

Den Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., eine Umlagefinanzierung einzuführen, werde kritisiert. Die ehemalige Regierung aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätte dieses bereits 2003/2004 erfolglos versucht.

Die **Fraktion der SPD** betont, dass nach wie vor strukturelle Angebotslücken vorhanden seien.

Den Ländern und teilweise den Regionen müsse die Möglichkeit gegeben werden, nach § 43 Absatz 2 BBiG vollzeitschulische Ausbildung durchzuführen. Die Entfristung dieser Möglichkeit sei sehr wichtig. Dafür spräche zudem, dass in der Praxis von der Ermächtigungsgrundlage zur Verabschiedung von Rechtsverordnungen sehr verantwortungsvoll Gebrauch gemacht worden sei und in Teilbereichen gute Wirkung gezeigt habe.

Zum Thema Fachkräftebedarf wird festgestellt, dass der hohen Zahl von ca. einer halben Million Altbewerbern, wie auch im Berufsbildungsbericht abgebildet, unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüberstünden. Diesem Problem müsse begegnet werden. Zudem seien 1,5 Millionen junger Leute zwischen 20 und 29 Jahren ohne Schul- oder Berufsabschluss. Der von der Koalition vorgelegte Antrag sei angesichts dieser großen Zahl absolut unzureichend. Wie die Bundesregierung mit dem Problem umgehen wolle, sei unklar. Es ginge nicht nur um Ingenieure, sondern genauso um Meister, Techniker und vor allen Dingen gute Facharbeiterinnen und Facharbeiter.

Ebenso würden sich Probleme im Übergangssystem ergeben, da noch knapp 400 000 Menschen in diesem System verharren würden, teilweise bis zu vier Jahren. Eine Frage der SPD-Fraktion an die Bundesregierung habe als Antwort ergeben, es bestünden allein 190 Maßnahmen in diesem Bereich. Die Bundesministerin müsse sich mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen aus den Ländern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften einigen. Weiter werde befürchtet, dass sich der Bereich der Berufsorientierung ähnlich entwickle wie im Übergangssystem. Bevor zahlreiche mehr oder weniger effektive Maßnahmen für die Förderung von MINT-Fächer entstünden, sei es sinnhafter, sich auf zielgerichtete und wenige Maßnahmen zu konzentrieren. Nicht jeder dürfe sich mit seiner Idee in Kindergärten, Kitas und Schulen betätigen. Sinnvoll sei zudem eine rechtzeitige und frühzeitige Berufsorientierung. Die Bundesministerin werde aufgefordert, einen entsprechenden Gipfel mit den Landesvertretern, den Vertretern der Bundesagentur für Arbeit und den Sozialpartnern zu veranstalten, um konkrete Maßnahmen zu beschließen.

Problematisch sei zudem, dass fast 19 Prozent der Neuverträge von jungen Leuten mit Studienberechtigung abgeschlossen werden würde, obwohl gleichzeitig 200 000 Ausbildungsplätze fehlten, die die Real- und Hauptschüler beträfen. Hier sei entscheidend, dass die Länder ausreichend Studienplätze bereitstellten, damit die Abiturienten den Real- und Hauptschülern nicht die Ausbildungsplätze streitig machten.

Die Fraktion der SPD ist der Meinung, dass der Ausbildungsbonus beibehalten werden und das Sonderprogramm der Bundesagentur für Agentur für außerbetriebliche Ausbildung ausgebaut werden müsse. Das Ausbildungsprogramm Ost müsse zu einem Programm für strukturschwache Regionen umstrukturiert werden. Es bestünde die große Sorge, dass die Sparbeschlüsse der Koalitionsfraktionen im Bereich der Bundesagentur für Arbeit so einschneidend seien, dass die angesprochenen Bereiche nicht mehr durchgeführt würden. Eine Entlastung der Bundesebene zu Lasten der Kommunen werde abgelehnt.

Besonders wichtig sei, dass die Ausbildungsordnungen unter Beteiligung der Gewerkschaften, Fachverbände und Arbeitgeber erarbeitet würden, damit Qualifikation und Weiterentwicklung ineinander übergingen. Kritisiert werde, dass bei Konflikten zum Schluss allein das Bundesministerium entscheide. Dies sei für die Anerkennung der beruflichen Bildung hinderlich. Das Konsensprinzip müsse beibehalten werden.

Die Fraktion der SPD plädiert für eine umfassende Ausbildungsstatistik. Diese müsse die Bundes- und Landesebene verknüpfen. Die verschiedenen Traditionen der Länder und auch die vollqualifizierten Maßnahmen der Länder könnten darin widergespiegelt werden.

Zum Thema Ausbildungspakt gehöre eine ehrliche Bilanz und überprüfbare Ziele. Daran fehle es. Auch wenn gesehen werde, dass viele Unternehmen in die Ausbildung eingestiegen seien, gebe es zahlreiche Betriebe von 30 bis 300 Beschäftigten, die in der Lage wären eine Ausbildung anzubieten. Von der Bundesregierung würden ungenügende Bestrebungen getätigt, die Beteiligten zur Ausbildung zu bewegen.

Die **Fraktion der FDP** bewertet die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahre 2009 trotz Krise als ausgesprochen positiv. Zum Ende habe es mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als unversorgte Bewerber gegeben. Künftig gebe es aufgrund des demografischen Wandels neue Herausforderungen, die sich in der Verknappung von Stellenbewerbern ausdrücke. Der Fraktion der SPD werde vorgeworfen, sie müsse mit den Beteiligten sprechen, z. B. mit der Deutschen Telekom in den neuen Ländern. Dieses Unternehmen spreche junge Leute mit Lese-, Schreib- oder Rechenschwäche an. Hierin liege das Potenzial, das gefördert werden wolle. Junge Menschen seien die Profiteure der positiven Wirtschaftsentwicklung. In Zukunft würden die Unternehmen im Wettbewerb um Auszubildende stehen.

Der Ausbildungspakt solle fortgesetzt werden. Jedoch werde kritisch auf die Haltung der Gewerkschaften hingewiesen. Diese hätten keinen konstruktiven Beitrag zu einer Fortentwicklung des Paktes geleistet.

Die **Fraktion DIE LINKE.** fordert eine klare und ehrliche Ausbildungsstatistik, ein Recht auf Ausbildung sowie eine Ausbildungsumlage.

Die Vermittlungsquote im Jahre 2009 liege tatsächlich bei 50,9 Prozent. Demgegenüber stünden die ersten offiziellen Verlautbarungen und Zahlenspielereien, die suggeriert hätten, es seien von 500 000 Bewerbern nur noch 9 600 ohne Vermittlung übrig geblieben. Solch eine Ausbildungsstatistik sei wenig hilfreich, da es nicht ausreichend verdeutlichen würde, dass sehr viele junge Leute im Übergangssystem seien und einen Ausbildungsplatz suchten. Außerdem seien viele Jugendliche nicht mehr bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Der Vermittlungsbedarf werde als abgeschlossen dargestellt, obwohl keine Kenntnis über den Verbleib vieler Personen bestünde. Die vielen Altbewerber, d. h. 1,5 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 29 Jahren müssten berücksichtigt werden. Als Beispiel werde angeführt, dass die Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufsbildung verdeutliche, nur jede(r) vierte Migrantin/Migrant mit türkischem oder arabischem Hintergrund erhalte einen Ausbildungsplatz. Es gebe jedoch keinen Unterschied bei der Strategie, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Es wurde darauf hingewiesen, dass in Bayern das 6,5-Fache der Leistung, in Bremen das 2,5-Fache und im Bundesdurchschnitt das Vierfache der Leistung erbracht werden müsse, um eine Chance zu haben, auf das Gymnasium zu kommen.

Von Interesse sei ebenfalls der Unterschied der Übergänge zwischen migrantischen und nicht migrantischen Hauptschulabgängern; 42 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund erhielten einen Ausbildungsplatz, während es bei Menschen ohne Migrationshintergrund 62 Prozent sei. Im Berufsbildungsbericht werde dargestellt, es liege nicht an den Noten, denn bei gleich guten Noten werden Migrantinnen und Migranten mit türkischem Hintergrund nur halb so oft wie „Einheimische“ im Wunschberuf integriert.

Die Fraktion DIE LINKE. macht deutlich, dass ein Recht auf Ausbildung notwendig und eine Ausbildungsumlage für die Schaffung von ausreichend Ausbildungsplätzen für alle unumgänglich sei.

Nach einer Studie des Berufsbildungswerks sei klar nachweisbar, dass sich ein hoher Anteil ausgebildeter behinderter Menschen im Laufe der Jahre kontinuierlich in Arbeit befände. Besonders wichtig sei das Thema Übergangssystem. Der Berufsbildungsbericht weise aus, dass junge Menschen in berufsvorbereitenden Maßnahmen und in Berufsgrundbildungsjahren nur zu 10 bis 12 Prozent einen höheren Schulabschluss erhielten und dass über die Hälfte nach diesen Maßnahmen gar nicht in eine Ausbildung kämen. Es sei notwendig, dass denjenigen, die tatsächlich Kompetenzen und Qualifikationen nachholten, gewährleistet werde, eine Ausbildung zu erhalten. Jeder vierte Hauptschüler sei nach vier Jahren in Übergangsmaßnahmen noch nicht in der Ausbildung integriert. Lediglich 24 Prozent der Betriebe in Deutschland bildeten aus. Damit mehr Betriebe ihrer Verantwortung gerecht würden, sei eine Ausbildungsumlage ein guter und wichtiger Schritt.

Im Bereich der Weiterbildung sei festzustellen, dass nur 26 Prozent aller 19- bis 64-Jährigen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnähmen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass dies hauptsächlich gut qualifizierte und Menschen aus großen Betrieben seien. Die Bundesregierung müsse sich mehr für die Weiterbildung für ältere und gering qualifizierte Menschen einsetzen.

Darüber hinaus sei zu beachten, dass mehr Übergänge von der Ausbildung in Arbeit geschaffen werden müssten. Laut einer Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertags e. V. (DIHK) würden Fachkräfte im Gastgewerbe nach der Ausbildung nur zu 14 Prozent übernommen. Insgesamt sei festzuhalten, dass sich nach einer dualen Ausbildung ein Drittel in unsicherer Beschäftigung befänden. Auch der DIHK sei der Meinung, dass die Qualität der Ausbildung Lücken aufweise.

In den Bundesländern bestünde das grundsätzliche Problem, dass für eine durchgängige Sprachförderung von der Kinderkrippe an und für die Förderung von Benachteiligten nicht mehr genügend Ressourcen vorhanden seien. Der Bund müsse sich beteiligen, um fundamentale Grundlagen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund seien umfängliche Maßnahmen geboten, um Menschen mit Migrationshintergrund, Altbewerber und behinderte Menschen zu integrieren.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** macht deutlich, dass keine Fraktion das duale Ausbildungssystem in Abrede stelle. Alle Fraktionen seien sich darüber einig, dass das duale Ausbildungssystem eines der besten Berufsbildungssysteme überhaupt sei, denn es ermögliche den Jugendlichen die Betriebswirklichkeit von Anfang an kennenzulernen. Zudem sei die Übernahmequote in den Betrieben hoch. Trotzdem gebe es 240 000 Altbewerber, 1,5 Millionen junge Menschen ohne Ausbildung und einen „Übergangsdschungel“. Obwohl dies bereits vor zwei Jahren im Rahmen der Anhörung zum Nationalen Bildungsbericht diskutiert worden sei, habe es die Bundesregierung versäumt, strategisch an die Lösung dieses Problems heranzugehen.

Das von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortete Konzept DualPlus, sei hingegen dazu geeignet, die duale Ausbildung zu verstärken und zu verbessern, indem die überbetrieblichen Ausbildungsstätten gestärkt und Betriebe in die Ausbildung integriert würden, die bislang nicht ausgebildet hätten. Die spezialisierten Betriebe könnten an die Ausbildung herangeführt werden, auch wenn sie nicht ein ganzes Berufsbild abbildeten. Das Hamburger Modell, welches mit der Industrie und Handelskammer, den Kam-

mern und mit CDU-Unterstützung aufgebaut worden sei, sehe genau das vor. Demnach könnte für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz das erste Ausbildungsjahr in betrieblichen Zentren, meist berufliche Schulen, stattfinden und sich danach eine betriebliche Ausbildung anschließen. Es könnten Verträge mit den Betrieben und Jugendlichen geschlossen werden, die beinhalteten, dass sich nach einem Praktikum während des ersten Ausbildungsjahres eine reguläre Ausbildung anschließt. Das erste Jahr könnte eine spezielle Förderung und Zusatzangebote beinhalten, die die Fachhochschulreife ermöglichen.

Mit der „Jobstarter Connect“ habe die Bundesregierung Ähnliches auf den Weg gebracht. Diese Ausbildungsbausteine beträfen jedoch nur wenige Berufe. Eine Ausbreitung und Anerkennung von Ausbildungsbausteinen auf alle Berufe werde befürwortet, da sie sich eng an dem Ausbildungscurriculum der Kammern orientieren würden.

Es werde kritisiert, dass der von der SPD in der großen Koalition eingebrachte Ausbildungsbonus lediglich einen Mitnahmeeffekt erzeuge und dieser nur zusätzlich wegen des Geldes in Anspruch genommen werde. Der Ausbildungsbonus müsse beendet werden und nicht entfristet. Die bereitgestellten Mittel seien nutzlos, da es Landesprogramme gebe, die vorzugsweise in Anspruch genommen werden würden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärt, dass der Ausbildungspakt im Grunde sinnvoll sei. Den Ausführungen der Fraktion der FDP entgegnend wird ausgeführt, dass bei allem Lob für den Wirtschaftsminister dieser es bis heute nicht geschafft habe, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber an einen Tisch zu bringen. Die Arbeitgeber hätten unerfüllbare Forderungen gestellt, damit die Gewerkschaften nicht verhandelten. Nun werde das Thema im Bundeskanzleramt behandelt.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird Folgendes zusammengefasst: Sie sei für die Ausdehnung der Berufsorientierung, die aber besser mit den Ländern abgestimmt werden müsse. Darüber hinaus sollten die Produktionsklassen in die Förderung mit einbezogen werden. Zudem dürften die Berufsorientierungsmaßnahmen nicht der Haushaltskürzung unterfallen, wie es jetzt der Fall sei. Jungen Menschen, denen der Schulabbruch drohe, müsse der Übergang in die Betriebe gelingen. Das Konzept DualPlus könne ähnlich wie das Hamburger Modell mehr qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze schaffen. Das unüberschaubare Angebot von Maßnahmen müsse reduziert werden, damit diese konzentriert und vernünftig ausgerichtet werden könnten.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP werde abgelehnt. Dem Antrag der Fraktion der SPD zur Entfristung der vollschulischen Maßnahmen sei zuzustimmen, da diese Maßnahmen im Moment gebraucht würden. Hingegen werde der Antrag der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt, weil die Ausbildungsumlage nichts Neues zur Verbesserung der Ausbildungsqualität sei.

Die **Bundesregierung** bemerkt, dass es viel Lob für die berufliche Ausbildung in Deutschland von den verschiedenen Fraktionen gegeben habe. Die berufliche Ausbildung werde auch im Berufsbildungsbericht als Erfolg gekennzeichnet. Für die Zukunft sei das Thema „Durchlässigkeit der beruflichen Wege“ bedeutend, sodass im Berufsbildungsbericht 2011 das Thema Durchlässigkeit als Sonderpunkt besonders erwähnt werden solle. Die Bundesregierung sei sich der Bedeutung des Themas bewusst und beschäftige sich weiterhin damit.

Zurzeit werde viel im Bereich der Weiterbildung getan, obwohl es in Deutschland noch nicht die Weiterbildungskultur gebe, wie sie gewünscht werde. Die Weiterbildungsprämie sei gerade bei Frauen und kleinen und mittelständischen Unternehmen außerordentlich erfolgreich. Die Programme „Lebenslanges Lernen“, „offene Hochschulen“ und andere Maßnahmen seien dazu geeignet, die Weiterbildungskultur in Deutschland grundlegend zu verändern. Diesen Anspruch solle man gemeinsam vertreten.

Die Frage der Entfristung der vollzeitschulischen Ausbildung müsse mit den Ländern erörtert werden, weil sich alle Länder, bis auf Rheinland-Pfalz, gegen die Entfristung ausgesprochen hätten. Wenn die meisten Länder die Ermächtigung nicht wollten, müsse das Thema von Seiten des Bundes nicht permanent vorgetragen werden. Nicht ein Mangel an Ausbildungsplätzen sei das Problem, sondern die Ausbildungsreife. Ohne dieses Problem hätten reguläre Ausbildungsplätze wahrgenommen werden können. Die Steigerung der Ausbildungsreife und nicht die vollzeitschulische Ausbildung sei die Lösung. Insofern lägen die Länder nicht so falsch.

Trotz der kritischen Äußerungen der Opposition zum „Maßnahmendschungel“ gebe es auch einige positive Elemente. Alle politischen Ebenen seien sich der Bedeutung des Problems der Übergänge bewusst geworden und jeder habe mit eigenen Programmen gehandelt. Mit den Bildungsketten habe der Bund eine flächendeckende und mit den Ländern perfekt abgestimmte Maßnahme gebildet. Bis auf die kommunale Ebene sei man mit den Bildungsketten gut vernetzt und habe von der Potenzialanalyse über die Berufsorientierung, über die Berufseinstiegsbegleitung, die komplette Brücke perfekt abgebildet. Es seien flexible Lösungen gefunden worden, um in den bestehenden regionalen Strukturen die Bildungsketten einzugliedern. Von daher gebe es nur positive Resonanzen. Für den Fall eines konkreten Anlasses des Missfallens oder Nichtfunktionierens, sei die Bundesregierung sehr daran interessiert, Lösungen dafür zu finden.

Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze unter dem Dach der „Jobstarter Connect“ werde als sehr erfolgreich bewertet. Es seien schon über 30 000 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden. Tatsächlich bestünde ein eklatantes Problem bei den Berufschancen von Migranten, da ihre Chancen bei gleicher Qualifikation schlechter seien. Gerade im Migrationsbereich habe aber das „Jobstarter Programm“ Erfolge verzeichnet. Etliche Migranten-Unternehmen seien dazu motiviert worden, Ausbildungsplätze zu schaffen, obwohl sie nie ausgebildet haben. Mit „Jobstarter Connect“ sei ein einheitliches und im Vergleich zur Vergangenheit transparentes Dach über die Schaffung der Ausbildungsplätze gelegt worden.

Der Umgang mit den Statistiken im Berufsbildungsbericht wird von der Bundesregierung als nicht immer zufriedenstellend bewertet. Die Statistiken selbst seien jedoch nicht zu beanstanden. Auch wenn der Berufsbildungsbericht in seiner Komplexität in den letzten Jahren immer größer geworden sei, könne daran trotzdem relativ gut nachvollzogen werden, wie sich die verschiedenen Berufswege der jungen

Menschen entwickelten. Eine Kritik an der Statistik des Berufsbildungsberichts, der im Sinne klarer Transparenz erstellt worden sei, sei nicht nachvollziehbar und nicht zu akzeptieren.

Zum Thema Aufgabe ÜBS wird festgestellt, dass diese weiterhin gebraucht würden. Jedoch werde sich in Zukunft das Problem einer Spezialisierung in den Unternehmen stellen, welcher die Ausbildungsberufe zum Teil nicht mehr gerecht werden könnten. Die Funktion der überbetrieblichen Bildungsstätten bestehe dann darin, dass sie Zusatzqualifikationen anbieten, um der Spezialisierung der Unternehmen zu entsprechen. Die Maßnahmenlinie der Bundesregierung sei geeignet, allen genannten Problemen eine sinnvolle Antwort zu geben.

Berlin, den 29. September 2010

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Heiner Kamp
Berichterstatter

Agnes Alpers
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333